

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

Wem geht es um das Prestige?

VU verzögert die Koalitionsverhandlungen mit ihrer Taktik

(G. M.) – Ein FDP-Verhandlungsmittglied habe am Rande der Koalitionsgespräche, berichtet ein Anonymus im «Vaterland», die Erklärung abgegeben, dass es der FDP um das Prestige gehe. Allerdings erwähnt der anonym gebliebene Berichterstatter weder den Namen des Erklärenden noch den genauen Ausdruck bzw. den Zusammenhang, in dem dieser Begriff gefallen sein soll. Damit liegt die Vermutung auf der Hand, dass es sich bei diesem «Prestige» etwa um den gleichen Sachverhalt handelt, wie bei der Konstruktion um das Zustandekommen der Berichterstattung – siehe nebenstehender Beitrag – im VOLKSBLATT.

«Wenn, und dies zeigt die Geschichte, nicht mehr die Sache, sondern das Prestige und die persönliche Profilierung einzelner das Denken leiten», predigt der anonyme Schreiber im «Vaterland» mit Entrüstung, «ist leider allzu oft grosser Schaden entstanden». Auch hier allerdings fehlen die Beweise, obwohl sie in der Vergangenheit zweifellos vorhanden sind. Wir denken hier in erster Linie an das Verhalten von Regierungschef Hans Brunhart bei der Informationspolitik in der EWR-Angelegenheit, an sein Einsteigen für die Auszahlung von Pensionskassengeldern unter gesetzlich nicht ganz gedeckten Umständen an einen Staatsangestellten mit Wohnsitz im Ausland und dessen Ehefrau, an das unglückselige Taktieren des Regierungschefs in Sachen EWR-Abstimmung, bis

es zum Konflikt mit Fürst Hans-Adam II. kam, an die Angelegenheit mit der Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen. Weitere Beispiele aus der Vergangenheit könnten wir, falls der «Vaterland»-Anonymus dies wünscht, nachliefern.

Die FDP-Verhandlungsdelegation hat den Beweis in den letzten elf Wochen erbracht, dass sie nicht aus Prestige Gründen handelte, sondern sich auf die neue Situation nach den Wahlen einstellte, die keiner Partei eine absolute Mehrheit brachte. Sie handelte als mandatsstärkste Partei aber auch aus der Verantwortung, dass möglichst rasch eine stabile Regierung gebildet werden sollte. Als FDP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer diese Erklärung erstmals abgab, stand wohl noch ein grosser Teil der Wählerinnen und Wähler unter dem Eindruck der Beschwörungen, insbesondere von seiten der VU-Wahlpropaganda, dass unser Land sich angesichts der grossen aussenpolitischen Aufgaben keine Instabilität leisten könne.

Offensichtlich sind diese Beschwörungen heute vergessen, die Verzögerungen durch die VU-Verhandlungsdelegation spielen nun keine Rolle mehr, die Prioritäten sind ohne Zweifel in Richtung VU, nicht in Richtung Staat gerichtet. «Hoffen wir, dass in unserem Land die besonnenen Kräfte wieder die Oberhand bekommen», schrieb das «Vaterland». Wir hoffen, dass dies auch in der VU der Fall sein wird:

VU über Verfassung hinweg

Bedenklicher Rotationsvorschlag als «Kompromissangebot»

(G. M.) – Der VU ist offensichtlich in der jetzigen schwierigen Situation jedes Mittel recht, das vermeintlich ihre kompromisslose Haltung stützen sollte. Im Gegensatz zur Abmachung zwischen FDP- und VU-Koalitionsverhandlungsdelegation, den Koalitionsentwurf als Gesamtpaket zu betrachten, was auch VU-Präsident Oswald Kranz vor dem Landesvorstand unterstrich, brachte die VU nachträglich das Rotationsprinzip für Landtagspräsidium und – neuerdings – für die Verwaltungsbeschwerdeinstanz (VBI) ins Spiel.

Die VU-Verhandlungsdelegation hatte zweifellos keinen leichten Stand im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen, die sich schon über 11 Wochen dahinziehen. Den personellen Schwierigkeiten, ein designierter Regierungsrat, der nach der Wahl Niederlage zwischen die Stühle fiel und bald zwei jungen Quereinsteigern Platz machen musste, folgten die Forderungen der Parteibasis, welche die Latte nach dem Verlust von zwei Landtagsmandaten zum Ausgleich recht hoch ansetzte. Dennoch könnte trotz dieser Schwierigkeiten erwartet werden, dass im Interesse des Landes nicht jeder Strohalm als Rettungsanker ergriffen wird, der letztlich nur zur Verzögerung beiträgt.

Ein wenig nach verzweifelter Suche nach neuen Vorschlägen rückt der neueste Vorschlag der VU, der als Kompromiss dargestellt wird und folgenden Wortlaut nach «Vaterland» hat: «Zudem

wurde von der VU-Delegation als Entgegenkommen ein Kompromissvorschlag zur Rotationsfrage des Landtagspräsidenten eingebracht. Dieser besagt, dass neben der Rotation des Landtagspräsidenten auch der Präsident der VBI während der Hälfte der Funktionsperiode je von einer der beiden Parteien besetzt werden kann.»

Zuerst das Rotationsprinzip beim Landtagspräsidium, dann das Rotationsprinzip bei der VBI. Nun sollte die FDP einen Vorschlag unterstützen, der den Bestimmungen der Verfassung entgegenläuft, also ein verfassungswidriges Ansinnen darstellt? In der Verfassung heisst es dazu: Die Verwaltungsbeschwerdeinstanz «besteht aus einem vom Landesfürsten über Vorschlag des Landtags ernannten rechtskundigen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie vier vom Landtag gewählten Rekursrichtern mit ebensovielen Stellvertretern.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen gebürtige Liechtensteiner sein. Ihre Amtsdauer fällt mit jener des Landtags zusammen und endet mit ihrer Neubestellung.»

Keine Rede in der Verfassung, dass der Vorsitzende der VBI jährlich oder nach halber Amtszeit ausgewechselt wird. Aber für die VU scheint dieser Vorschlag dennoch ein «Kompromissangebot» zu sein, einfach über die Verfassung hinweg.

Information statt Unterstellungen

Überraschung am Samstag im Fürstentum Liechtenstein bei der Zeitungslektüre: Während das VOLKSBLATT in zwei Beiträgen auf der Frontseite über die ergebnislosen Koalitionsverhandlungen berichtete, konnten die Leserinnen und Leser im «Liechtensteiner Vaterland» keine Zeile über die harte, kompromisslose und unverständliche Haltung der VU-Verhandlungsdelegation finden. An sich nichts Aussergewöhnliches, wenn in einer Zeitung etwas steht, in der anderen Zeitung eben nichts – wenn nicht die nachfolgende Erklärung des «Liechtensteiner Vaterland» so dürftig, aber auch absolut wahrheitswidrig ausgefallen wäre.

Das «Vaterland» reagierte auf diese Situation in der gestrigen Ausgabe wie ein sich in der Trotzphase befindliches Kind und stellte folgende Behauptung auf, die jeglicher Wahrheit widerspricht: «Die Verhandlungsrunde vom letzten Freitag wurde von der FDP geschlossen mit der Aussage, dass sie nicht bereit sei, weiter zu diskutieren und nicht bereit sei, einen weiteren Verhandlungstermin zu vereinbaren. Dies war, wie sich allerdings erst im nachhinein feststellte, verständlich. Denn die Frontseite des «VOLKSBLATT» war bereits konzipiert und mit der negativen, der VU die Schuld in die Schuhe schiebenden Schlagzeile zum Druck bereit.»

Diese Darstellung des «Vaterland» stimmt nicht, ist frei erfunden; entspricht absolut nicht den Tatsachen. Interessant sind dabei zwei Dinge:

- Erstens ist der «Vaterland»-Artikel nicht mit einem Namen gezeichnet, sondern anonym in die Welt gesetzt worden.
- Zweitens hat der Autor dieses Beitrags es unterlassen, nachzuzufragen bei unserer Redaktion, ob diese Darstellung zutrifft. Im Gegenteil, der Verfasser dieser wahrheitswidrigen Darstellung hat, wohl um eine Erklärung entschuldigender Art in der Öffentlichkeit verbreiten zu können, auf die Verifizierung verzichtet. Wir hätten ihm gerne Auskunft gegeben, wie die Frontseite am Samstag zustande gekommen ist. Damit ihm das peinliche Nachfragen nach der Verbreitung dieses Unsinn erspart bleibt, wollen wir das an dieser Stelle kurz tun:
- Wir haben bis kurz vor Mitternacht gewartet, bis wir mit den Mitgliedern der FDP-Verhandlungsdelegation sprechen konnten, um den Sachverhalt darstellen zu können. Die beiden Beiträge stammen von Günther Meier und Martin Frommelt – und sind auch wie üblich gezeichnet.
- Die Richtigstellung des «Vaterland»-Beitrags gibt uns auch Gelegenheit, uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Druckerei Gutenberg und der Zeitungsdruck AG herzlich zu bedanken, dass sie mehrere Stunden Wartezeit im Kauf genommen haben, bis sie endlich mit dem Satz und dem Druck der Zeitung beginnen konnten.

Wir haben also nicht, wie das «Vaterland» in infamer Weise und alle journalistischen und journalistischen Grundsätze (wie sie vom «Vaterland» immer wieder beschworen werden) über den Haufen werfenden Art schreibt, die beiden Beiträge schon vorher fabriziert, sondern unsere Leserinnen und Leser über das Geschehene informiert. Dabei hoffen wir, dass das «Vaterland» seine Darstellung zurücknimmt und wahrheitsgemäss schreibt, dass nicht nachgefragt, sondern einfach etwas gedichtet wurde.

(Günther Meier)

Integrationspolitik von vier lateinamerikanischen Staaten

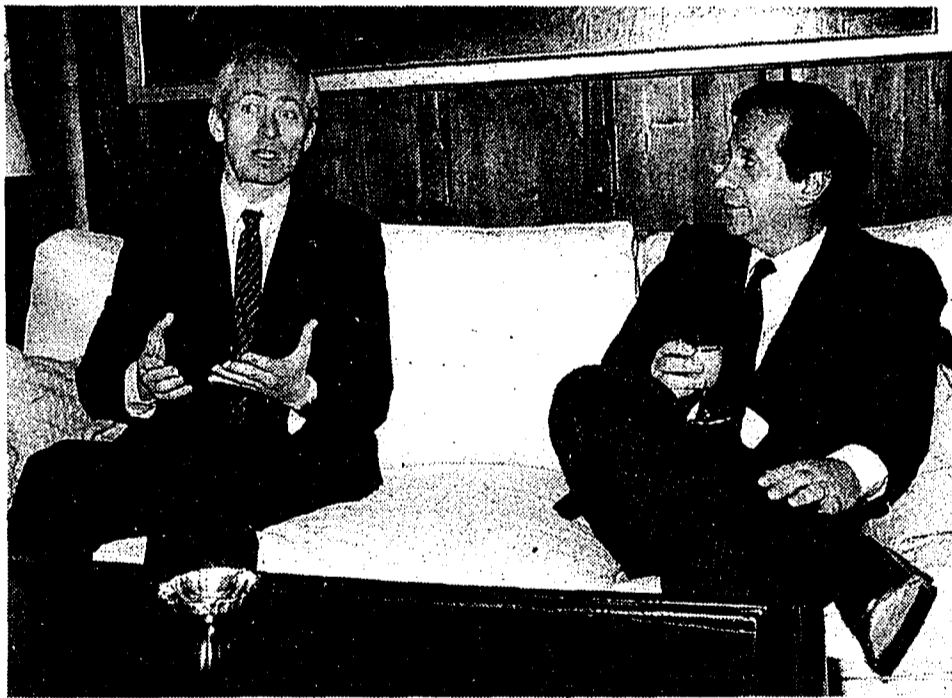
Der Aussenminister von Uruguay, Dr. Sergio Abreu, zu Besuch in in unserem Land – Treffen mit Fürst Hans-Adam II. und Regierung

(G. M.) – Nicht nur in Europa, sondern auch in Lateinamerika befassen sich die einzelnen Staaten mit Integrationsfragen. Der Aussenminister von Uruguay, Dr. Sergio Abreu, hielt sich am Montag zu einem kurzen Besuch in unserem Land auf, wo er auf Schloss Vaduz von Fürst Hans-Adam II. sowie von der Regierung empfangen wurde. Ausserdem hielt der Aussenminister im Hotel «Schlössle» am Abend einen Vortrag über den Stand der wirtschaftlichen und politischen Integration in Lateinamerika.

Zwischen Liechtenstein und Uruguay bestanden bisher kaum Beziehungen. Doch in jüngster Zeit haben sich die wirtschaftlichen Kontakte über verschiedene Firmen intensiviert. Ausserdem bahnen sich offenbar noch andere Kontakte an, wofür der Besuch des Aussenministers ein Zeichen darstellt. Wie gestern bekanntgegeben wurde, hat Dr. Werner Keicher die Funktion des Konsuls von Uruguay in Liechtenstein übernommen. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem lateinamerikanischen Staat ist Dr. Keicher für dieses Amt ausersehen worden. Er begleitete

Aussenminister Abreu auch bei seinem Aufenthalt in unserem Land.

Mit dem Namen des Aussenministers verbindet sich auch das Integrationsgeschehen in Südamerika. Am 26. März 1991 unterzeichneten die Staatspräsidenten von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay einen Vertrag, der die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes «Mercosur» vorsieht. Schrittweise sollen bis Ende 1995 alle Zölle und anderen Handelshemmnisse zwischen diesen vier Staaten aufgehoben werden. Zielsetzung dieses Vertrages ist, obwohl gewisse Schwierigkeiten inzwischen aufgetaucht sind, die sich nach Aussenminister Abreu jedoch beseitigen lassen, die freie Zirkulation von Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren. Bereits haben auch andere lateinamerikanische Staaten sich um Beziehungen zum Mercosur bemüht, Bolivien stellte einen Antrag um Aufnahme. Die Mercosur-Staaten ihrerseits wollen Beziehungen zu den Staaten des Andenpaktes sowie zur Nafta, der Nordamerikanischen Freihandelszone sowie zur Europäischen Gemeinschaft und zu Japan herstellen.



Der Aussenminister Uruguays, Dr. Sergio Abreu, hielt sich gestern zu einem Besuch in unserem Land auf. Vor seinem Vortrag vor dem Internationalen Liechtensteiner Presseclub (LPC) im Hotel «Schlössle» in Vaduz traf er mit Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz zusammen. Unser Bild zeigt den lateinamerikanischen Gast (rechts) im Gespräch mit Fürst Hans-Adam II. (Bild: Beat Schurte)

Russland: Sieg für Boris Jelzin

Moskau (spk/dpa) Das russische Volk hat Präsident Boris Jelzin einen klaren Auftrag zur Fortsetzung seiner radikalen Reformen erteilt. Bei der Volksabstimmung am Sonntag sprach eine deutliche Mehrheit der Wähler Jelzin das Vertrauen aus und billigte seine Wirtschaftspolitik, die der Bevölkerung zahlreiche Opfer abverlangt.

Vorgezogene Neuwahlen der Volksabgeordneten, die in Opposition zu Jelzin stehen, scheiterten an der notwendigen Mehrheit der Stimmberechtigten. Die Stimmenden stimmten auch gegen Neuwahlen des Staatschefs.

Jelzin äusserte sich zunächst nicht über seine weiteren Schritte im Machtkampf mit dem Parlament.

Mehr über die Abstimmungen in Russland auf Seite 10.

Düsteres Bild der Weltwirtschaft

Erholung für USA und Rezession für Deutschland vorausgesagt

Washington/Paris (AP) Ein trotz einiger Lichtblicke im ganzen düsteres Bild der Lage der Weltwirtschaft hat der Internationale Währungsfonds (IWF) gezeichnet. In seinem am Montag in Washington veröffentlichten Wirtschaftsbericht sieht der IWF für die USA zwar Anzeichen eines begrenzten Aufschwungs, sagt den beiden anderen Wirtschaftssupermächten Japan und Deutschland aber eine zumindest bis 1994 anhaltende Rezession voraus. IWF-Direktor Michel Camdessus begrüsst in einem Interview die Leitzinssenkungen in Deutschland und Frankreich, forderte jedoch möglichst bald weitere Reduzierungen um insgesamt zwei Prozentpunkte.

Ein hoher IWF-Vertreter bescheinigte bei der Vorstellung der Prognose vor der

gemeinsamen Frühjahrstagung von IWF und Weltbank den Verantwortlichen in den USA, der Bundesrepublik und Japans, bei der Bekämpfung der Krise Schritte in die richtige Richtung eingeleitet zu haben. Camdessus sagte in einem Interview der Pariser Tageszeitung «Les Echos», die Wirtschaft der Bundesrepublik könne über die Senkung des Lombardsatzes von neun auf 8,23 Prozent und des Diskontsatzes von 7,5 auf 7,25 Prozent hinaus eine weitere schrittweise Reduzierung der Leitzinsen vertragen. Die Reduzierung des Geldmengenwachstums, die moderaten Lohnerhöhungen sowie die restriktive Haushaltspolitik rechtfertigten die Zinssenkungen. Die Bundesbank riskiere mit dieser Politik keinen Gesichtungsverlust, erklärte Camdessus weiter.

Bautätigkeit sinkt immer tiefer

Bern (spk) Die Bautätigkeit in der Schweiz hat auch im ersten Quartal 1993 weiter abgenommen. Dies beweisen die weiterhin rückläufigen Zementlieferungen, die im Vergleich mit dem Vorjahr um mehr als sieben Prozent oder 54 000 Tonnen auf insgesamt 698 000 Tonnen sanken. Seit 1989 ging damit der Zementverbrauch in der Schweiz um 22 Prozent zurück.

Während sich sowohl in der Deutsch- als auch in der West- und Südschweiz der Verbrauch ungefähr gleich entwickelte, sind in den einzelnen Kantonen grosse Unterschiede festzustellen, wie der Verein Schweizerischer Zement-, Kalk- und Gips-Fabrikanten (VSZKGF) am Montag in seinem Quartalsbericht schreibt.